Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 30. September 2026

1078. Jahresrechnung 2026, Zwischenbericht (Stand 31. August 2026)

1. Ergebnisschätzung

Aufgrund der Jahresendschätzungen aller Einheiten der konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich wird die Erfolgsrechnung 2026 voraussichtlich mit einem positiven Saldo von 491 Mio. Franken abschliessen. Der Saldo der Erfolgsrechnung liegt gemäss Budget 2026 bei –314 Mio. Franken bzw. gemäss Budget^{plus}, d. h. einschliesslich Kreditübertragungen von –38 Mio. Franken und vom Kantonsrat bewilligter Nachtragskredite von –13 Mio. Franken, bei –365 Mio. Franken.

Die Investitionsausgaben werden voraussichtlich 1185 Mio. Franken betragen. Gemäss Budget 2026 (1284 Mio. Franken) und Kreditübertragungen (189 Mio. Franken) waren 1473 Mio. Franken geplant.

Der Saldo der Finanzierungsrechnung kann aus technischen Gründen erst näherungsweise unter Annahme der Finanzierungswirksamkeit aller Veränderungen berechnet werden und schliesst voraussichtlich mit einem Überschuss von 163 Mio. Franken ab. Die Umsetzung der technisch genauen Berechnung wird auf 2027 erwartet (Zwischenberichterstattung im neuen Planungs- und Budgetierungstool). Im Budget 2026 war ein Defizit von –716 Mio. Franken bzw. im Budget^{plus} ein Defizit von –947 Mio. Franken eingeplant.

2. Eingabe aller Einheiten der konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich

Tabelle 1: Bewilligte Budgetkredite 2026 und geschätzte Abweichungen

	Saldo Erfolgsrechnung	Investitionsausgaben	Saldo Finanzierungsrechnung
Budget 2026	–314	–1284	–716
Kreditübertragungen	–38	–189	–218*
vom Kantonsrat bewilligte Nachtragskredite (Vorlage 6093)	–13		–13
Total Budget^{plus} 2026	**–365**	**–1473**	**–947**
Schätzung: Abweichungen	**856**	**288**	**1110**

	Saldo Erfolgsrechnung	Investitionsausgaben	Saldo Finanzierungsrechnung
– Regierungsrat und Staatskanzlei	–3	1	
– Direktion der Justiz und des Innern	–42	9	
– Sicherheitsdirektion	12	31	
– Finanzdirektion	830	30	
– Volkswirtschaftsdirektion	9	24	
– Gesundheitsdirektion	–39	72	
– Bildungsdirektion	46	72	
– Baudirektion	–17	83	
– Behörden	0	0	
– Rechtspflege	19	19	
– Zu konsolidierende Organisationen	40	–53	
Voraussichtliches Jahresergebnis 2026	**491**	**–1185**	**163**

(Rundungsdifferenzen)

* Einschliesslich Investitionseinnahmen aus Kreditübertragungen in der Leistungsgruppe Nr. 9690, Zentralbibliothek, von +9 Mio. Franken

Tabelle 2: Erläuterung der grössten Abweichungen (geordnet nach Abweichung pro Leistungsgruppe [LG])

Saldo Erfolgsrechnung

Mio. Franken	LG-Nr.	Erklärung der Abweichung
+428	4910	Steuererträge: Die Steuererträge entwickeln sich weiterhin positiv und liegen insgesamt um rund 428 Mio. Franken (+4,6%) über dem Budget 2026. In der laufenden Periode resultiert bei den natürlichen Personen ein Mehrertrag von 82,0 Mio. Franken (+1%) und bei den juristischen Personen von 141,0 Mio. Franken (+9%). Ein Teil dieser Entwicklung zeichnete sich bereits im Steuerhearing ab. Auch die Steuernachträge fallen um 239,0 Mio. Franken höher aus. Bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern resultiert ein Mehrertrag (+90,0 Mio. Franken) dank grosser Einzelfälle. Tiefere Erträge ergeben sich bei der Quellensteuer (–110,0 Mio. Franken) aufgrund höherer Ausbuchungen bei der nachträglichen ordentlichen Veranlagung, bei der OECD-Ergänzungssteuer (–8,0 Mio. Franken) sowie bei den Nachsteuern und Bussen (–6,2 Mio. Franken).
+397	4930	Zinsen und Beteiligungen: Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (+358,2 Mio. Franken); höhere Dividende der Flughafen Zürich AG (+29,0 Mio. Franken) und der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (+15,2 Mio. Franken) sowie höhere Zinsen Grundkapital Zürcher Kantonalbank (ZKB; +3,7 Mio. Franken). Tiefere Abgeltung Staatsgarantie ZKB (–3,6 Mio. Franken), tiefere Gewinnausschüttung ZKB (–3,2 Mio. Franken) und tieferer Zinsertrag aus kurzfristigen Anlagen (–2,0 Mio. Franken).
+50	7501	Kinder- und Jugendhilfe: Nicht benötigte Mittel zur Rückabwicklung der Versorgertaxen von 50,0 Mio. Franken.

+27	9520	Kantonsspital Winterthur: Im ersten Halbjahr 2026 konnten höhere stationäre Erlöse aus erbrachten Leistungen bei einem unterproportionalen Anstieg des Personal- und Sachaufwands erzielt werden. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung im zweiten Halbjahr wird für das Gesamtjahr ein Gewinn von rund 29 Mio. Franken erwartet.
+17	9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter: Höhere Gebühren.
+15	3500	Sozialamt: Tieferer Nettoaufwand im Asylbereich infolge weniger unbegleiteter Minderjähriger sowie höherer Erwerbstätigenquote der Personen mit Schutzstatus S.
+11	4950	Sammelpositionen: Der zentral eingestellte Teuerungsausgleich fällt in den übrigen Leistungsgruppen an (+10,8 Mio. Franken).
+7	8510	Altlasten: Höherer Transferertrag infolge rückwirkender Beiträge zur Deckung von nicht durch die Verursacher getragenen Sanierungskosten (Ausfallkosten) gemäss der Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten.
+5	5000	Generalsekretariat Volkswirtschaftsdirektion: Verzögerungen und Verschiebungen von Projekten aus dem Bereich Digitale Transformation und Organisation (DTO) aufgrund von Personalauslastung und der DTO-Reorganisation.
+5	4620	IKT-Sicherheitsbeauftragter: Verzögerte Überarbeitung der Cybersicherheitsstrategie.
+5	9030	Obergericht: Höhere Erträge aus der Rechtsprechung sowie aus der Verrechnung der Informatikkosten an die Notariate.
+4	5925	Strassenfonds: Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität aufgrund geringerer Unterhaltspauschale an die Städte Zürich und Winterthur.
+4	2201	Generalsekretariat Direktion der Justiz und des Innern: Minderaufwand für Informatikprojekte (+6,3 Mio. Franken, davon Helium +5 Mio. Franken), tieferer übriger Sachaufwand (+0,4 Mio. Franken), höherer Personalaufwand für verschiedene Projekte (–1,3 Mio. Franken), höherer interner Verrechnungsaufwand (–0,9 Mio. Franken, davon IKT –0,6 Mio. Franken und Universität Zürich –0,2 Mio. Franken), tieferer interner IKT-Verrechnungsertrag (–0,8 Mio. Franken).
+4	5210	Finanzierung öffentlicher Verkehr: Tieferer Staatsbeitrag an den Zürcher Verkehrsverbund (+3,8 Mio. Franken), da das Leistungsentgelt an die aufwandfinanzierten Verkehrsunternehmen geringer als budgetiert ausfallen dürfte, und höhere Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (–0,3 Mio. Franken).
+3	9600	Universität Zürich: Erwartete Ergebnisverbesserungen der Dienstleistungsinstitute.
+3	9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Tieferer Beschäftigungsumfang, zeitliche Verschiebung von Sachaufwand.

+3	9720	Zürcher Hochschule der Künste: Ausserordentliche Einmaleffekte durch befristete Sparmassnahmen (insbesondere Personalaufwand, verschobene Beschaffungen).
–3	1000	Regierungsrat und Staatskanzlei: Zusätzlicher Mittelbedarf 2026 von –2,7 Mio. Franken gemäss RRB Nr. 433/2026, Projekt VRGo und Betrieb VerfahrenZH.
–3	9040	Bezirksgerichte: Zusätzlich bewilligte Stellen.
–3	3300	Migrationsamt: Mehraufwand für Administrativhaft wegen höherer Anzahl Hafttage.
–3	2234	Fachstelle Kultur: Mehraufwand durch die Umbuchung der Kosten für die Vorstudie Zukunft Oper von der Investitions- in die Erfolgsrechnung (–2,8 Mio. Franken), Mehraufwand durch die Neuberechnung der kantonalen Beiträge im Rahmen des interkantonalen Kulturlastenausgleichs (–0,4 Mio. Franken).
–4	2205	Jugendstrafrechtspflege: Mehraufwand für ambulante und stationäre Massnahmen, Mehraufwand für amtliche Verteidigungen sowie Minderertrag bei Bussen und Gebühren.
–5	2224	Staatsarchiv: Höherer Aufwand (–4,7 Mio. Franken), davon Auszahlung Solidaritätsbeiträge an Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (–3,9 Mio. Franken) (Vorlage 6019, nicht budgetiert), nicht umsetzbare Budgetkürzung durch den Kantonsrat (–0,5 Mio. Franken) und Beschäftigung ukrainischer Mitarbeitender (–0,2 Mio. Franken).
–5	2204	Staatsanwaltschaft: Höhere Auszahlungen bei den Entschädigungen von amtlichen Verteidigungen und unentgeltlichen Rechtsbeiständen (–1,1 Mio. Franken). Bei den internen Verrechnungen wird ein Mehraufwand erwartet (–2,8 Mio. Franken). Weiterverrechnung der Bezirksanlage Winterthur und polizeiliche Protokollführende, die nicht im vorgesehenen Umfang abgezogen werden. Nach aktueller Hochrechnung wird mit leicht sinkenden Erträgen gerechnet (–0,9 Mio. Franken). Bei den Einziehungen bei Strafuntersuchungen sind bisher keine grösseren zu erwartende Eingänge bekannt.
–5	5301	Amt für Wirtschaft: Der Zinsverzicht Innovationspark (Vorlage 5819) wurde erstmals im Jahr 2027 budgetiert, wird jedoch bereits 2026 verbucht. Dadurch entsteht zusätzlicher Aufwand von netto –4,8 Mio. Franken.
–6	2206	Justizvollzug und Wiedereingliederung: Höherer Personalaufwand infolge Ersatzes von Krankheitsausfällen sowie der neuen Stellen in der neu geschaffenen Abteilung Medizinischer Dienst (–1,4 Mio. Franken), Mehraufwand im Straf- und Massnahmenvollzug (–7,5 Mio. Franken), tieferer Aufwand für Lebensmittel (+0,2 Mio. Franken), tiefere Abschreibungen auf Sachanlagen (+0,6 Mio. Franken), höhere Erträge aus Entschädigungen für ärztliche Dienstleistungen (+2,0 Mio. Franken).

–8	7200	Volksschulen: Der in den Leistungsgruppen nicht budgetierte Teuerungsausgleich 2025 von 0,2% führt sowohl im Regel- als auch im Sonderschulbereich zu Mehrbelastungen, die nicht vollständig kompensiert werden können.
–13	4610	Amt für Informatik: Betrieb Digitaler Arbeitsplatz: Höherer Aufwand für Betriebsunterstützung gemäss RRB Nr. 174/2026 (–12,6 Mio. Franken).
–23	2241	Fachstelle Integration: Mehraufwand in der kommunalen Integrationsförderung, insbesondere Bildungskosten von Jugendlichen (–23,7 Mio. Franken), bei weniger Bundesmitteln infolge tieferer Schutzquote bei Asylgesuchen.
–25	8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen: Höhere Abschreibungen aufgrund einer zeitgerechteren Aktivierung: Seit dem 4. Quartal 2025 werden Projekte mit Kosten über 10 Mio. Franken sofort nach Inbetriebnahme provisorisch aktiviert und abgeschrieben. Dies führt vorübergehend zu höheren Abschreibungen, was in der Budgetierung 2026 noch nicht berücksichtigt werden konnte.
–39	6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation: Aufwandsteigerung infolge mehr Spitalaufenthalte, unter anderem bedingt durch die wachsende und älter werdende Bevölkerung, die mehr sowie komplexere medizinische Leistungen beansprucht. Hinzu kommt die Teuerung der letzten Jahre, die sich auf die Tarife auswirkt. Der Kanton ist aufgrund von Art. 49a Abs. 2ter des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (SR 832.10) verpflichtet, 55% der Kosten stationärer Leistungen zu übernehmen.
+13		Saldo übrige Abweichungen
+856		**Total Abweichungen**

(Rundungsdifferenzen)

Investitionsausgaben

Mio. Franken	LG-Nr.	Erklärung der Abweichung
+75	8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen: Geringere Ausgaben für Hochbauten infolge Projektverzögerungen.
+72	6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation: Die aktuelle Bezugsplanung des Darlehens für den Neubau MITTE 1|2 des Universitätsspitals Zürich resultiert in einer Budgetunterschreitung. Die Mittel werden abhängig vom Baufortschritt erst zu einem späteren Zeitpunkt benötigt.
+60	7050	Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion: Tiefere Ausgaben von 50,9 Mio. Franken beim Neubau Forum UZH aufgrund einer Verzögerung infolge einer Vergabebeschwerde sowie von 12,5 Mio. Franken bei den stabilisierenden Massnahmen Universitätszentrum Irchel 2 wegen Verzögerungen im Planungsverlauf und Projektpräzisierungen. Höhere Ausgaben bei den Kleinprojekten von –2,0 Mio.Franken und bei den mittleren Projekten von –1,4 Mio.Franken.

+25	4400	Steuern Betriebsteil: Minderausgaben aufgrund projektbedingter Abhängigkeiten, insbesondere zum Vorhaben Gemeinsame IT; Investitionen fallen teilweise erst in den Folgeperioden an.
+20	5301	Amt für Wirtschaft: Die Stadt Zürich ist in Verzug, die finanziellen Mittel für die anstehenden Subventionsobjekte zu beschaffen. Dies führt zu einer Verzögerung bei der Vergabe zinsloser Darlehen der Wohnbauförderung von 19,8 Mio. Franken.
+14	3100	Kantonspolizei: Tiefere Ausgaben für IKT-Projekte aufgrund von Projektverzögerungen.
+14	9064	Sozialversicherungsgericht: Beim Neubauprojekt des Sozialversicherungsgerichts ergaben sich Verzögerungen, weshalb im Jahresergebnis 2026 weniger Mittel ausgegeben werden (Verschiebung auf das nächste Jahr).
+11	5920	Verkehrsfonds: Primär aufgrund von Verzögerungen bei der Bauausführung der Elektrifizierung der Linie 80 der Verkehrsbetriebe Zürich werden die Investitionsausgaben nicht ausgeschöpft.
+8	9530	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich: Minderausgaben beim Neubau «Mittlere Sicherheit» in Rheinau aufgrund Projektverzögerungen, bei Sanierungen aufgrund personeller Kapazitätsengpässe und bei der Informatik infolge Wegfalls einzelner Projekte.
+8	3500	Sozialamt: Verzögerungen bei der Ablösung von Fachapplikationen.
+7	9690	Zentralbibliothek: Das unterbrochene Bauprojekt Sanierung Altbau wurde erst Mitte des Berichtsjahres wieder aufgenommen.
+6	8910	Natur- und Heimatschutzfonds: Geringere Ausgaben infolge Projektverzögerungen hauptsächlich bei Hochbauprojekten im Bereich Denkmalpflege (Museum Neuthal).
+6	2234	Fachstelle Kultur: Minderausgaben durch die Umbuchung der Kosten für die Vorstudie Zukunft Oper von der Investitions- in die Erfolgsrechnung; Verzögerungen Zukunft Oper.
+5	9040	Bezirksgerichte: Verzögerungen im Bauprojekt am Bezirksgericht Hinwil führen zu einer Unterschreitung des Budgets der Investitionsrechnung.
+5	7402	Sonstige universitäre Leistungen: Unterbruch beim Bauprojekt Sanierung Altbau der Zentralbibliothek. Die Arbeiten konnten erst Mitte des Berichtsjahres wieder aufgenommen werden.
+5	4610	Amt für Informatik: Verschiebungen von Investitionsausgaben für Projekte ins nächste Jahr.
+5	7306	Berufsbildung: Verschiedene Ausstattungsprojekte verzögern sich.
+4	3910	Sportfonds: Verzögerung bei Unterhaltsinvestitionen im Sportzentrum Kerenzerberg.
+4	3200	Strassenverkehrsamt: Minderausgaben aufgrund Verzögerung bei der Weiterentwicklung der Geschäftsfallkernapplikation Cari.

+4	9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Verzögerung bei Infrastrukturprojekten.
+4	2201	Generalsekretariat Direktion der Justiz und des Innern: Minderausgaben (3,5 Mio. Franken), davon Projekt Helium (1,8 Mio. Franken).
+3	7200	Volksschulen: Es stehen verschiedene Bauprojekte und Bauabrechnungen im Sonderschulbereich an, die sich verzögern.
–7	5205	Amt für Mobilität: Höhere Investitionsausgaben aufgrund höherer Baupauschalen an die Städte Zürich und Winterthur.
–68		Saldo übrige Abweichungen
+288		**Total Abweichungen**

(Rundungsdifferenzen)

Investitionseinnahmen

Mio. Franken	LG-Nr.	Erklärung der Abweichung
–25	8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen: Geringere Bundesbeiträge aufgrund von Projektverzögerungen bei den Hochbauten.
–7	9690	Zentralbibliothek: Tiefere Investitionsbeiträge des Kantons Zürich (–5 Mio. Franken) und der Stadt Zürich (–2 Mio. Franken), da das unterbrochene Bauprojekt «Sanierung Altbau» erst Mitte des Berichtsjahres wieder aufgenommen wurde.
–4	9530	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich: Tiefere Investitionsbeiträge des Bundes für das Projekt «Mittlere Sicherheit» in Rheinau aufgrund Projektverzögerungen.
–3	8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft: Aufgrund der Sparmassnahmen des Bundes werden geringere Bundesbeiträge für Wasserbauprojekte erwartet.
+3	8400	Tiefbauamt: Projektbezogene Mehreinnahmen.
+1		Saldo übrige Abweichungen
–34		**Total Abweichungen**

(Rundungsdifferenzen)

Mit der Verbesserung für erwartete Kreditreste von 250 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 4950, Sammelpositionen, wird weiterhin gerechnet, sonst würde der Saldo der Erfolgsrechnung gemäss Zwischenbericht bei 241 Mio. Franken liegen. Für erwartete Kreditreste bei den Investitionsausgaben von 150 Mio. Franken gilt dasselbe; die Investitionsausgaben gemäss Zwischenbericht würden sonst bei 1335 Mio. Franken liegen.

3. Berichterstattung zur Leistungsentwicklung

Es wurden keine wesentlichen Leistungsabweichungen gegenüber dem Budget gemeldet.

4. Nachtragskredite

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage 6093 Nachtragskredite von –12,8 Mio. Franken zulasten der Erfolgsrechnung.

Tabelle 4: Vom Kantonsrat beschlossene Nachtragskredite bis 31. August 2026 (in Mio. Franken)

	Direktion	Begründung	Betrag
ER	Direktion der Justiz und des Innern	Mit RRB Nr. 766/2025 wurden für die Beschaffung, Umsetzung sowie für die Applikationspflege und den Support einer neuen Geschäftsverwaltungslösung für die Justizbehörden zur Ausgabenbewilligung gemäss RRB Nr. 815/2024 zusätzliche Ausgaben von Fr. 91 883 300 bewilligt. Die Tranche beträgt im Jahr 2026 Fr. 11 330 208.	–11,3
ER	Finanzdirektion	Für den Aufbau und Betrieb einer kantonalen Datenplattform wurde mit RRB Nr. 1269/2025 eine gebundene Ausgabe von Fr. 6 875 450 bewilligt. Die Projekt- und Betriebskosten betragen im Jahr 2026 Fr. 1 452 000.	–1,5

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Vom Zwischenbericht über die Jahresrechnung 2026 mit Stand 31. August 2026 wird Kenntnis genommen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates, die Rechtspflege, die Finanzkontrolle sowie an die Direktionen des Regierungsrates und die Staatskanzlei.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli